

DIE REFORM DES ABGEORDNETENSTATUTS

Ich würde sagen, dass es bei der Reform des Abgeordnetenstatuts nicht am schwierigsten war, eine Einigung mit dem Ministerrat und den nationalen Regierungen zu erzielen. Obwohl dies natürlich auch seine Tücken hatte. Der schwierigste Teil war eine Einigung innerhalb des Parlaments selbst.

Prinzipiell unterstützte jeder die Reform, in der Praxis wurden jedoch verschiedenste Schlupflöcher gefunden, um tatsächliche oder mutmaßliche Interessen zu schützen. Selbst der Sprachgebrauch war interessant zu beobachten. Mir wurde bewusst, dass eine Art Geheimsprache eingesetzt wurde. Wenn Kollegen über die „Würde der Mitglieder“ sprachen, meinten sie eigentlich „Hände weg, das geht zu weit“.

Ich musste also viele Dinge, die mit der „Würde der Mitglieder“ zu tun hatten, geistreich aus dem Weg räumen, da ich die „Würde der Mitglieder“ nicht für ein gültiges Argument hielt. Ich wollte das Präsidium genauer unter die Lupe nehmen. Man musste dabei sehr genau sein. Die Reisekostenvergütung, mein Gott, war das kompliziert. Ich wollte Fortschritte erzielen, und ich hatte den Eindruck, dass es nicht zu viel führen würde, wenn ich jemand anderen beauftragte, sich darum zu kümmern. Also arbeitete ich mit der Unterstützung des Generalsekretariats des Europäischen Parlaments in einem Unterausschuss des Präsidiums viele Stunden mühsam, qualvoll und langsam an einem Kostenerstattungssystem. Ich wollte ein Paket ausarbeiten, das Teil des Pakets für das Abgeordnetenstatut war. Allgemein gesprochen wollte ich ein System zur Erstattung der tatsächlich angefallenen Kosten einführen.